

## Schulentwicklung in Baden Württemberg – Quo vadis?

Baden-Württembergs Schullandschaft befindet sich derzeit in einem grundlegenden Wandel. Die Kultusverwaltung setzt dabei nicht auf direkte Vorgaben, sondern auf eine Entwicklung vor Ort in den Städten und Gemeinden.

Den Schulträgern wird damit einerseits ein großer Handlungsspielraum ermöglicht, andererseits aber auch eine hohe Verantwortung übertragen.

Tragfähige und langfristige Entscheidungen müssen getroffen werden, die große Kompetenz und hohen Sachverstand in Schulentwicklungsfragen sowie den Blick auf eine regionale Schulentwicklung voraussetzen.

Mit den folgenden Ausführungen würden wir Sie gerne in Ihrem Schulentwicklungsprozess unterstützen. Neben grundlegenden Informationen führen wir hier auch mögliche Lösungsansätze auf.

Durch jahrzehntelange intensive Beschäftigung mit nationaler und internationaler Schulentwicklung verfügen wir über einen großen Erfahrungsschatz in diesem Thema. Als Schulpraktiker haben wir viele erfolgreiche Schulen im In- und Ausland besucht (darunter auch erfolgreich geführte, ökonomisch sinnvolle einzügige Sekundarschulen). Wir führten zahlreiche Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen in anderen Ländern, die einen ähnlichen Strukturwandel, wie wir ihn derzeit vor uns haben, bereits vollzogen hatten.

### Warum ein „Längeres gemeinsames Lernen“?

In den letzten 40 Jahren haben fast alle Staaten, die ein gegliedertes Schulsystem in der Sekundarstufe 1 praktizierten, auf ein „Längeres gemeinsames Lernen“ umgestellt.

- Sie haben erkannt, dass durch eine frühe Aufteilung der Kinder in einem hierarchisch gegliederten Schulsystem künstlich erzeugte problematische Lernmilieus entstehen. Durch diese Entmischung kann sich die kompensatorische Wirkung einer ausgewogenen Lerngruppe, wie sie eine gesamte Jahrgangsbreite darstellt, in so wichtigen Bereichen wie Lern- und Sozialkompetenz nicht entfalten.
- Das Ergebnis dieser äußeren Differenzierung ist, dass wir den Schwächsten eines Jahrgangs das schwierigste Lernmilieu zumuten. Den Beweis für dieses Phänomen erbringen die vielen Schulleistungsstudien: 15 – 20 % eines Jahrgangs aller 15 Jährigen erreichen bei uns nur die Kompetenzstufe 1, was nur schwach ausgebildete Lese-, Schreib- und Rechenfähigkeiten bedeutet und letztlich eine nur eingeschränkte Ausbildungsfähigkeit zur Folge hat.
- In Anbetracht der demographischen Entwicklung und eines immer größer werdenden Fachkräftemangels bedeutet das neben jedem Einzelschicksal einen enormen volkswirtschaftlichen Schaden.  
Die vor kurzem vom ifo-Institut hochgerechneten volkswirtschaftlichen Folgekosten, die durch diese Ineffizienz des gegliederten Schulsystems entstehen, gehen in die Milliarden.

- Außerdem hinterlässt das Sortieren der SchülerInnen in die verschiedenen Schularten Spuren:  
Ein Schulsystem, das die SchülerInnen in angeblich leistungshomogene Gruppen einteilt, braucht auf den ersten Blick scheinbar kein ausgebautes Unterstützungssystem zur individuellen Lernförderung. Diese individuelle Lernförderung wurde bei uns aufgrund der angeblich so passgenauen Schularten nicht systematisch entwickelt und angeboten.  
Stattdessen entwickelte sich ein privates Nachhilfewesen von erstaunlichem Ausmaß: 1,5 Mrd. € jährlich geben die privaten Haushalte bundesweit für Nachhilfeunterricht aus – Baden Württemberg liegt mit 131 € pro Schüler an der Spitze Deutschlands. Dies trägt entscheidend zur Bildungsungerechtigkeit in unserem Land bei.
- Wenig bekannt ist zudem, dass bei PISA- Vergleichen der weltweit 5 % Besten eines Jahrgangs die leistungsstärksten Gymnasiasten aus Baden-Württemberg nicht mit der Leistungsspitze der besten Staaten mit integrativen Schulen mithalten, in denen die Kinder bis zum 9. oder 10. Schuljahr gemeinsam lernen.

Unser Blick über den Tellerrand zeigt, dass aus den oben beschriebenen Gründen bis auf wenige deutsche Bundesländer und Österreich weltweit kein Staat mehr die Kinder mit bereits 10 Jahren auf hierarchisch angeordnete Schularten verteilt und dass sämtliche internationale Schulleistungstudien mit einer unmissverständlichen Eindeutigkeit folgendes aufzeigen:

- Die Spitzenpositionen haben ausschließlich Staaten mit „Längerem gemeinsamen Lernen“ inne.
- Mehr noch: Es gibt kein einziges früh sortierendes Schulsystem, das leistungsstark **und** gerecht ist. Das schaffen nur die **gut umgesetzten** integrativen Systeme.

Nationale Vergleiche unter den Bundesländern als Argument für das gegliederte Schulsystem heranzuziehen ist Augenwischerei.

Fakt ist, dass die Pisa-Studie zu keinem innerdeutschen Schulsystemvergleich taugt, da bisher in keinem einzigen Bundesland ein flächendeckendes „Längeres gemeinsames Lernen“ existiert. Im Gegenteil: Gesamtschulen in verschiedenen Bundesländern fungieren als weitere zusätzliche Schulart und führen zu einer noch stärkeren Aufteilung und sozialen Entmischung der Schülerschaft in der Sekundarstufe 1.

## **Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg**

Im bundesweiten aktuellen Ländervergleich wird Baden-Württemberg das ungerechteste Bildungssystem beschieden. Ein Kind aus der Oberschicht hat eine 6,6fach höhere Chance, auf ein Gymnasium zu kommen als ein Kind aus einer Facharbeiterfamilie – bei gleicher Intelligenz und gleichem Lernvermögen. Diese Ungerechtigkeit wurde bereits bei der ersten PISA Studie vor über 10 Jahren festgestellt. Der Aufschrei der Bildungspolitiker war groß. Besserung wurde gelobt. Aus heutiger Sicht waren dies reine Lippenbekenntnisse. Die Abhängigkeit zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen hat sich laut IQB<sup>1</sup>-Forschern in den vergangenen Jahren sogar noch vergrößert.

Bei der Einführung der Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg geht es in erster Linie um mehr Bildungsgerechtigkeit in unserem Land, um die Entkopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg.

Derzeit organisieren wir unser gesamtes Schulsystem mit zwei Annahmen, die pädagogisch unsinnig sind:

1. Schülerinnen und Schüler lernen im Gleichschritt am besten und
2. man muss Kinder nach bestimmten Merkmalen dauerhaft gruppieren und einsortieren  
*(das Sortieren in angeblich leistungshomogene Lerngruppen führte, wie bereits erwähnt in Deutschland dazu, dass sich hier eine individuelle Lernförderung nicht systematisch entwickelte, sondern in privat finanzierte Nachhilfeeinrichtungen ausgelagert wurde).*

Erfolgreiche Staaten haben sich von diesen zwei Annahmen längst verabschiedet und sehen Schule nicht als Ort des Aus- und Einsortierens, sondern setzen stattdessen auf eine „weiche Organisation“ ihres Schulsystems:

- Auf eine Schule für alle, in der individuelle Lernförderung systematisch entwickelt wird
- Auf eine Schule für alle, in der Kinder und Jugendliche je nach Fähigkeiten und Begabungen unterschiedlich schnell zu unterschiedlichen Abschlüssen geführt werden
- Auf eine Schule für alle, die Kinder nicht sozial entmischt und so einer gesellschaftlichen Spaltung keinen Vorschub leistet.

## **Paradigmenwechsel: Innere statt äußere Differenzierung**

Die entscheidende Frage im derzeit laufenden baden-württembergischen Schulentwicklungsprozess lautet:

Wie schaffen wir den Paradigmenwechsel weg von unserer frühen äußeren Differenzierung in verschiedene Schularten hin zu einer längeren individuellen Lernförderung in einer gemeinsamen Schule?

Dass uns diese individuelle Lernförderung in unserer vierjährigen „Gemeinschafts-Grundschule“ immer besser gelingt, beweisen die internationalen Schulleistungsstudien (IGLU).

Wie aber soll es danach weitergehen?

Mit einer Gemeinschaftsschule als lediglich weitere zusätzliche Schulart neben den anderen bislang bestehenden Schularten werden wir den angesprochenen Paradigmenwechsel nicht erreichen, werden wir die derzeitige problematische Entmischung der Jahrgänge nicht stoppen.

Vielmehr laufen wir Gefahr, in der Aufteilung der Schülerschaft in Schularten, in der „äußeren Differenzierung“ des gegliederten Systems mit all seinen Sortierungsproblematiken zu verharren. In Baden-Württemberg zeichnet sich derzeit eine weitere Segmentierung der Sekundarstufe 1 (Kl. 5-10) ab.

Neben den bestehenden Schularten (Hauptschule, Werkrealschule, Realschule, Gymnasium G8, Berufsfachschulen, Förderschulen) kommen weitere hinzu: Gymnasium G 9-Versuche, 6 jährige berufliche Gymnasien und Gemeinschaftsschulen. Je vielgliedriger die Schulstruktur ist, desto größeren Einfluss hat die soziale Herkunft auf die Bildungschancen. Diese Abhängigkeit zu überwinden ist aber ein erklärtes Ziel der Landesregierung.

Wer also die Gemeinschaftsschule als Ersatz für „auslaufende“ Werkrealschulen oder gar als zusätzliche Schulart implementiert, wird folgendes erreichen:

die Sekundarstufe 1 wird dann noch stärker in viele schmale Streifen filetiert. Das ist das Gegenteil dessen, was wir seit den Pisa-Studien mühsam lernten: Sachte die Schulformen zusammenzuführen.

Dieser Problematik sollte sich jeder Schulträger bewusst sein.

Es muss bei der Schulstrukturentwicklung immer um regionale, tragfähige Gesamtlösungen gehen, um Lösungen, die eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung im Blick haben.

Fragmentarische Sichtweisen und Partikularinteressen sind nicht zielführend.

## Zweisäulenmodell

Wenn wir davon ausgehen, dass die international übliche „Schule für alle“ bis zum Ende der Pflichtschulzeit bei uns derzeit nicht möglich ist, dass bei uns also das grundständige Gymnasium ab Klasse 5 beibehalten wird (international gesehen beginnt das Gymnasium in der Regel erst nach Beendigung der Pflichtschulzeit, also ab Klasse 9 oder 10), kann sich nur bei einem sogenannten „Zwei- Säulenmodell“ die Grundproblematik unseres gegliederten Systems verbessern.

Säule 1 ist ein grundständiges Gymnasium ab Klasse 5, das in acht Jahren zum Abitur führt.

Säule 2 ist eine Gemeinschaftsschule, die weiterhin alle existierenden Schulabschlüsse anbietet bis hin zum Abitur nach neun Jahren.

Entweder die Gemeinschaftsschule hat die Größe, eine eigene gymnasiale Oberstufe einzurichten (dazu sind mindestens 60 Jugendliche pro Jahrgang nötig), oder aber sie verpflichtet sich zu einer verbindlichen Kooperation mit einem nahegelegenen allgemeinbildenden Gymnasium, um eine gymnasiale Oberstufe für ihre Schüler mit dem Ziel Abitur zu garantieren. Zusätzliche Kooperationen mit den verschiedenen beruflichen Gymnasien sind dabei selbstverständlich auch möglich.

Weitere Schularten, d.h. eine weitere äußere Differenzierung in Haupt-, Werkreal- und Realschulen ist nicht vorgesehen.

## Schulentwicklung im städtischen und ländlichen Raum

Das Zweisäulenmodell sollte flächendeckend umgesetzt werden, ist aber aus unserer Sicht im jetzigen Entwicklungsstadium vor allem für **städtische** Gebiete die einzige Möglichkeit, um der Problematik der sozialen Entmischung bzw. der Entstehung von problematischen Lernmilieus entgegenzutreten, da hier bislang noch alle Schularten in unmittelbarer Nachbarschaft konkurrieren.

**Wie eine Schulentwicklung in diese Richtung aussehen kann, zeigt zum Beispiel die Stadt Esslingen mit ihrer Konzeption ( <http://www.esslingen.de/Lde/Schullandschaft.html> oder Zeitungsartikel siehe Anhang 2)**

In **ländlich** strukturierten Gebieten eröffnet die Gemeinschaftsschule die Möglichkeit, ein wohnortnahes komplettes Bildungsangebot zu installieren.

Derzeit fahren fast 80 % der Schüler in die großen städtischen Realschulen und Gymnasien. Ein Schüler sitzt während seiner Schulzeit von Klasse 5 bis 10 durchschnittlich über ein Schuljahr im Bus. Die ökologischen, sozialen und finanziellen Belastungen sind mittel- und langfristig gesehen immens.

Bei der Beibehaltung unseres gegliederten Schulsystems (d. h. wenn die Gemeinschaftsschule nur als Ersatz für die Werkrealschule oder gar als zusätzliche Schulart fungiert) werden laut einem aktuellen Schulentwicklungsgutachten in 10 – 15 Jahren nur noch ca. 30 % aller Gemeinden in Baden- Württemberg eine Schule ab Klasse 5 anbieten können. Die Folge ist die Entschulung des ländlichen Raumes mit katastrophalen Folgen für die betroffenen Gemeinden. Schulen, die erst einmal geschlossen sind, können später kaum noch für neue Schulkonzepte reanimiert werden.

Bei einer Gemeinschaftsschule evtl. sogar mit einer eigenen gymnasialen Oberstufe oder in Kooperation mit einem nahegelegenen Gymnasium könnten weit über 50 % der Gemeinden eine Schule nach der 4. Klasse anbieten.

Gemeinschaftsschulen sollten in der Regel zwei- oder mehrzünftig sein, sollten aber in Ausnahmefällen mit intelligenten Konzeptionen durchaus auch einzünftig geführt werden können. Beispiele aus der Schweiz oder aus Skandinavien zeigen, dass „gymnasiale Standards“ auch in das pädagogische Konzept von einzügigen Sekundarschulen integriert werden können. Dies ermöglicht auch in schwächer besiedelten Gebieten ein für die Infrastruktur enorm wichtiges wohnortnahes schulisches Komplettangebot zumindest bis Klasse 10.

<sup>1</sup>*Das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) ist eine wissenschaftliche Einrichtung aller 16 Länder der Bundesrepublik Deutschland an der Humboldt-Universität zu Berlin und steht für die gemeinsamen Aktivitäten der Länder im Bereich der Qualitätssicherung und -entwicklung im allgemeinbildenden Schulsystem.*

24. 09. 2012, Bernd Dieng, 1. Vorsitzender



Länger Gemeinsam Lernen | Baden-Württemberg e.V.  
Sechserweg 8, 88250 Weingarten

[info@laenger-gemeinsam-lernen-bw.de](mailto:info@laenger-gemeinsam-lernen-bw.de) | [www.laenger-gemeinsam-lernen-bw.de](http://www.laenger-gemeinsam-lernen-bw.de)

Eingetragen in das Vereinsregister des Amtsgerichts Ravensburg unter der Nummer: VR 1203 |  
Steuer-Nr.: 77052 / 13644 | mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit

---

## **<sup>2</sup>Aus für die Werkreal- und Realschulen**

**ESSLINGEN: Gemeinderat bekennt sich mit breiter Mehrheit zur Gemeinschaftsschule - Keine G9-Züge**



---

Seit gestern beschlossene Sache: Die Seewiesenschule soll in Sachen Gemeinschaftsschule in Esslingen den Anfang machen. Ebenfalls Wunsch des Gemeinderats: Stadt und Schulen sollen jetzt für die neue Schulart werben. Foto: Bulgrin

**Nach dem gestern mehrheitlich festgezurrtten Willen des Gemeinderats gibt es zum Schuljahr 2014/15 in Esslingen nur noch Gemeinschaftsschulen und Gymnasien als weiterführende Schularten. Während elf CDU- und FDP-Stadträte den Häusern bei der Umstellung mehr Zeit lassen wollten, bekannte sich eine breite Mehrheit aus SPD, Freien Wählern und Grünen mit 26 Stimmen zum Vorschlag der Verwaltung. Die hatte zuletzt den Druck auf die Realschulen noch einmal verschärft.**

---

Von Claudia Bitzer

Die Grund- und Werkrealschule Seewiesenschule soll im Schuljahr 2013/14 den Anfang machen, weil sie will und es im Esslinger Norden keine Realschule gibt. Im darauf folgenden Jahr sollen dann die anderen drei Werkrealschulen und alle drei Realschulen Gemeinschaftsschulen werden. Soweit die Aufforderung der Stadt an die Schulen, die nötigen Beschlüsse bei Lehrern, Eltern und Schülern herbeizuführen und Vorbereitungen zu leisten.

### **Zeitgleich umstellen**

Mit der gleichzeitigen Umstellung will die Stadt sicherstellen, dass sie neben den Gymnasien mit der neuen Schulart tatsächlich eine zweite starke Säule in ihrer Bildungslandschaft verankert. Um den Gemeinschaftsschulen zu einer durchmischten Klientel zu verhelfen, hat es der Gemeinderat mit ebenfalls breiter Mehrheit auch abgelehnt, in Esslingen wieder gymnasiale G9-Züge im Sinne des Schulversuchs der grün-roten Landesregierung zuzulassen. Das Mörike-Gymnasium hatte ein massives Interesse daran bekundet. Die SPD hat gestern jedoch vergeblich eine Vertagung auf Oktober beantragt, bis man in Sachen Übergang von einer Gemeinschaftsschule aufs Gymnasium klarer sehe.

Schulamtsleiter Horst Reutter, Bernd Berroth von der Abteilung Erziehung und Bildung und Sozialplaner Christian Bergmann warben noch einmal für die Neuausrichtung des gesamtstädtischen Schulsystems, deren Grundzüge der AK Schulentwicklungsplanung auf seiner Klausurtagung entwickelt hatte. Die hatte die Verwaltung dann konkretisiert und in ein Gesamtkonzept gegossen, das auf Bildungsräumen und engen konzeptionellen und personellen Kooperationen benachbarter Schulen fußt.

Die SPD hatte die Verwaltung damit auf ihrer Seite. Haben die Sozialdemokraten doch „viele Jahre für die Gemeinschaftsschule gekämpft“, so Richard Kramartschik. „Das Zwei-Säulen-Modell ist mutig“, aber auch wichtig, „um zu verhindern, dass da nur die Türschilder bei den Werkrealschulen ausgewechselt werden. Es muss klar sein, dass die Gemeinschaftsschule eine echte neue Schulform ist.“ Deshalb sei es notwendig, dass Realschulen und Werkrealschulen gleichzeitig umstellen. Kramartschik: „Die Rechte der Eltern werden dadurch nicht berührt.“

## **Spitze in der Höhe und in der Tiefe**

Das sah man in der CDU anders. Fraktionschef Gerhard Heubach hatte mit sehr ausdifferenzierten Meinungen in seiner Fraktion zu kämpfen. So wollte sich Ursula Merkle zum Beispiel gar nicht von den Realschulen trennen. Da das dreigliedrige Schulsystem das Land immer an die Bildungsspitze geführt habe und der Erfolgsbeweis fürs längere gemeinsame Lernen noch ausstehe, habe seine Fraktion schon ein „mulmiges Gefühl bei der Operation am offenen Herzen“, so Heubach. Die CDU wolle sich willigen Schulen nicht in den Weg stellen. Doch habe jede ihr eigenes Tempo, Zwang und Eile seien nur demotivierend.

Dass Baden-Württemberg zwar im Abitur spitze ist, bei der Produktion von Bildungsverlierern aus bildungsfernen Familien aber ebenfalls ganz vorne mitmischte, hielt Annette Silberhorn-Hemminger von den Freien Wählern dagegen. „Wir haben jetzt bereits eine stark heterogene Schülerschaft - und zwar in allen Schulen.“ Zudem habe sich bei der Klausur kein einziger Schulleiter zurückgelehnt und auf sein prächtig funktionierendes Haus verwiesen. „Alle waren ums Ganze bemüht. Und die drei Realschulleiterinnen haben ja gesagt, dass sie auch auf dem Weg zur Gemeinschaftsschule sind.“ Natürlich sei man von den Beschlüssen der Eltern und Lehrer abhängig. Doch müsse der Gemeinderat ein positives Zeichen nach Außen setzen. „Wir Freien Wähler stehen deshalb zu dieser Gleichzeitigkeit. Es tut uns auch sehr leid, den Mörrike-Antrag auf zwei G9-Züge abzulehnen. Aber wer die Gemeinschaftsschule ernst nimmt, darf kein G9 zulassen. Ich habe auch kein Verständnis für die Landesregierung, dass sie das tut.“

## **Stadt will den Schulen helfen**

„Ich könnte Ihnen noch länger zuhören“, goutierte Oberbürgermeister Jürgen Zieger den Beitrag der Freien-Wähler-Chefin. Für die FDP, die den Druck auf die Schulen gar als „undemokratisch“ (Wolfgang Oettle) zurückwies, gab es hingegen einen scharfen Tadel vom OB. „Ich möchte die Stadt sehen, die außer uns noch einen Arbeitskreis Schulentwicklung hat, in dem auch die Schulen und Eltern vertreten sind.“

Die Grünen haben die Vorlage nicht nur einstimmig mitgetragen. Gestern war es ihnen auch als einziger Fraktion beschieden, mit einem Änderungsantrag erfolgreich zu sein. Der verschärfte Druck auf die Schulen bleibt zwar buchstaben genau erhalten. Aber sie sollen bei der Umstellung auf Gemeinschaftsschulen auf die bestmögliche Unterstützung der Stadt zurückgreifen können.